

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort zur Schriftenreihe	7
Vorwort	9
Einleitende Bemerkungen. 1789-1989. Zweihundert Jahre Revolutionen in Europa	11
BIRGIT ASCHMANN 1789 und 1989. Die Französische und die deutsche Revolution	17
JÜRGEN ANGELOW Wien, Berlin und die Militärgewalt in der 48er Revolution	43
MICHAEL EPKENHANS Bismarck und die Gründung des Deutschen Kaiserreiches	65
NIKOLAUS KATZER Die Russische Revolution und ihre Auswirkungen auf Deutschland und Europa	81
ERNST WILLI HANSEN Die deutsche Revolution 1918/19	99
TORSTEN DIEDRICH Spitzbart, Bauch und Brille – ist nicht Volkes Wille! Revolution am 17. Juni 1953?	117
Autorenverzeichnis	137

Vorwort

Der vorliegende Band vereinigt die Vorträge der Wintervortragsreihe 2000/2001 an der Marineschule Mürwik in Flensburg. In insgesamt sechs Vorträgen wurde versucht, den Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern sowie einer interessierten Flensburger Öffentlichkeit Einblicke in Revolutionsabläufe über zwei Jahrhunderte in Europa zu vermitteln, aktuelle Forschungsstände darzustellen und neue Fragen zu formulieren und zu diskutieren.

Die Vortragsreihe scheint auf den ersten Blick nur am Rande die Militärgeschichte im Allgemeinen und die Marinegeschichte im Besonderen zu streifen. Der nähere Blick hingegen verdeutlicht die enge Verzahnung von Militär und Gesellschaft in vor allem deutschen revolutionären Zeitläuften.

In seiner Gesamtheit leistet der vorliegende Band einen Beitrag zur historisch-politischen Bildung und stellt eine Möglichkeit dar, diese in der Bundeswehr zu realisieren. Der Band will somit auch ein Gegengewicht zu einer in den Streitkräften noch immer anzutreffenden operationsgeschichtlich orientierten Aus- und Weiterbildung schaffen, die gesellschaftlich-historische Entwicklungen zu Gunsten einer auf Ausschließlichkeit fußenden, quasi losgelösten Militärgeschichte unthematisiert zu lassen scheint.

Die an der Marineschule Mürwik veranstaltete Wintervortragsreihe hatte sich nicht nur zum Ziel gesetzt, Kenntnisse zu vermitteln und unterschiedliche Betrachtungsweisen zu diskutieren, sondern im Sinne einer modernen Erwachsenenbildung Weiterbildungsangebote zu unterbreiten, die kritische Denkprozesse in Gang setzen sollen, um der Grundforderung, Offiziere und Offizieranwärter differenziert auszubilden, zu entsprechen. Auf diese Weise erfüllt die vom Marineamt in Rostock unterstützte und von der Stiftung Deutsches Marinemuseum in Wilhelmshaven und vom Freundeskreis der Marineschule Mürwik e.V. finanziell ermöglichte Vortragsreihe eine Facette des Grundprinzips der „Inneren Führung“ mit Leben, eine sich an wandelnden gesellschaftlichen Entwicklungen orientierte Weiterbildung anzubieten. Für diejenigen, denen diese Angebote unterbreitet werden, gilt es allerdings den Willen zu zeigen, angebotene Bildungschancen auch wahrzunehmen.

Das Erscheinen dieses Bandes ist in erster Linie den Vortragenden zu verdanken, die sich der Mühe unterzogen haben, ihre Redemanuskripte für die Drucklegung zeitgerecht aufzubereiten.

Besonderer Dank gilt Frau Kirsten Neumann von der Universität der Bundeswehr Hamburg, die in gewohnter zuverlässiger Weise die Manuskripte in die geeignete Form überführt hat und Frau Ulrike Schröder, die den Umschlag gestaltet hat.

Der Universität der Bundeswehr Hamburg sei für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses herzlich gedankt. Das auf diese Weise sichtbar werdende Band zwischen der Universität der Bundeswehr, dem Deutschen Marinemuseum und der Marineschule Mürwik sei an dieser Stelle besonders hervorgehoben und betont.

Einleitende Bemerkungen

1789-1989

Zweihundert Jahre Revolutionen in Europa

Der Begriff der Revolution war im Laufe der vergangenen Jahre einem Bedeutungswandel unterworfen, der ihn aus dem historischen Umfeld mehr und mehr zu entfremden scheint. „Revolutionen“ scheinen mancherorts täglich Raum zu greifen. Die Mode wird ebenso revolutioniert wie der tägliche Automarkt oder die Musikszene. Damit hat der Begriff der „Revolution“ durch seine unhistorische Verwendung eine größere Verbreitung gefunden, gleichwohl er ursächlich zum historischen Vokabular zählt und vor dem Hintergrund eines modernen Sprachgebrauchs zu verallgemeinern droht, weshalb mittlerweile auch ein Einfluß auf die unterschiedlichsten (nicht historischen) Bereiche der Wissenschaftslandschaft nicht mehr zu negieren ist.¹ Dennoch gibt es Bemühungen, dieser Entwicklung im historischen Sinne – mit der Zielrichtung einer verbreiternden Allgemeinbildung – zu begegnen.²

Die wissenschaftlichen Debatten, Ursprünge, Typologien und Kausalitäten von revolutionären Abläufen und Umbruchzeiten zu ergründen, sind vergangen, obwohl sich der Suche nach einer revolutionäre Abläufe umfassenden „Revolutionstheorie“ zahlreiche namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewidmet hatten.³ Die Idee, Gemeinsamkeiten im historischen Ablauf von Revolutionen zu ergründen, um auf diese Weise kategorielle Unterscheidungen und Merkmale herauszuarbeiten, die eine „Revolution“ ausmachen, endete zunächst mit den großen Studien Hannah Arendts⁴ – vor allem in einer Renaissance der Betrachtungsweisen von Alexis de Tocqueville⁵ – und (des historischen Störfrieds⁶) François Furet⁷ und wurde zu Gunsten einer sich auf Deskription beschränkenden Betrachtung von revolutionären Ereignissen seit Mitte der achtziger Jahre nicht weiter verfolgt. Der in Osteuropa seit Mitte der achtziger Jahre einsetzende gesellschaftliche Wandel hätte allerdings Raum für die Fortsetzung dieser Debatte geboten.⁸ Eine gewisse Renaissance erfuhr die Revolutionsforschung in den „Jubiläumsjahren“ 1989 in Frankreich und 1998 in Deutschland mit den Feiern anlässlich des 200. Jahrestages der Französischen Revolution und dem 150. Jahrestag der ersten bürgerlichen Revolution in Deutschland. Auffälligerweise waren es vor allem diejenigen Ereignisse, die den Weg in die Revolution markierten und den „Revolutionsverlauf“ beschrieben, die thematisiert und dargestellt wurden, und nicht jene Ereignisse, die aus den jeweiligen Revolutionen resultierten. Das aus dem übersteigerten französischen Nationalgefühl entstandene europäische Hegemonialdenken wurde in Frankreich ebenso am Rande gestreift⁹ wie der aus der bürgerlichen Revolution entstandene preußische Polizeiapparat, der Gewalt und Unterdrückung nicht willkommener Denkweisen praktizierte.

Die vorliegenden Beiträge spiegeln keine Theorielastigkeit und bestätigen so, daß von den Autoren die Frage nach einer bindenden Revolutionstheorie zu Gunsten einer auf die Einmaligkeit der Ereignisse und Bedingungen – vor der Textur mentalitätsgeschichtlicher, wirtschafts- und sozialgeschichtlicher sowie verwaltungs- und ver-

fassungsgeschichtlicher Fragestellungen – zielenden Analyse aufgegeben wurde.¹⁰ Damit verlieren sich jene älteren theoretischen Kategorien und werden zu Gunsten der ausschließlichen Gültigkeit von begrifflichen Definitionen vernachlässigt, um Fragen nach gesellschaftlichen Umbrüchen und Wandlungsprozessen zu analysieren.

Dennoch lassen sich nach Einschätzung der Herausgeber die grundlegenden Fragen, die in den Revolutionstheorien aufgeworfen wurden, nicht gänzlich ausklammern, da sonst der Wandlungsprozeß in der heutigen historischen Betrachtung revolutionärer Abläufe nicht mehr sichtbar wird. Somit erscheint nicht nur die „Revolution“ an-sich einen gesellschaftlichen und/oder politischen Wandlungsprozeß zu begünstigen, sondern letzthin unterliegt die historische Beschäftigung mit dem Phänomen „Revolution“ selbst einem Wandlungsprozeß.

Diese von den Herausgebern als „Rückzug auf eine begriffliche Textur“ bezeichnete historische Veränderung im Umgang mit revolutionären Abläufen spiegelt die zum Teil berechtigten Vorbehalte der Wissenschaftslandschaft gegenüber abstrakten Theoriebildungen – positiver ausgedrückt: dieser Wandel verdeutlicht den fließenden Charakter der Geschichtswissenschaft als moderne und stets junge Wissenschaft, die neuen Methoden und Fragestellungen unvoreingenommen gegenübertritt. Dieser Wandlungsprozess wird in der historischen Betrachtung sicherlich noch diskutiert werden müssen.

Der aus der Spätantike stammende Begriff >revolutio< bedeutet „Umwälzung“ oder „Zurückwälzung“ und wurde im christlichen Glauben für die Umwälzung des Grabsteins Jesu Christi und damit als Sinnbild für die Auferstehung verstanden. Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit wurde der Begriff für die Erklärung astronomischer Veränderungen genutzt. Im 14. Jahrhundert wurde der Begriff auf politische Umwälzungsprozesse übertragen, die restaurativen Charakter hatten; im 17. Jahrhundert wurde er erstmalig in England zur Abgrenzung vom Phänomen des „Bürgerkrieges“ verwendet.¹¹

Mit dem amerikanischen Bürgerkrieg wurde der Begriff der „Revolution“ eindeutig positiv belegt und als notwendige „Durchgangsphase“ auf dem Weg zur Freiheit verstanden. Dieser Freiheitsweg schien sich zwar in der Französischen Revolution zu bestätigen – wenn auch in der historischen Rückschau berechnete Zweifel aufgenommen sind. In der Erinnerungskultur der „Grande Nation“ scheint die Rückschau allerdings, wie 1989 bestätigt, einen Entkopplungsmechanismus von den verheerenden Folgen dieser Revolution freigesetzt zu haben.¹²

Mit einem besonderen Blick auf die Entwicklungen und Ereignisse im Deutschen Bund, im Deutschen Reich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik haben diejenigen gesellschaftlichen Umbrüche oder Umbruchversuche gegenüber den revolutionären Ereignissen Amerikas, Frankreichs und Rußlands weniger Ausstrahlungskraft und Wirkungsmächtigkeit im Sinne eines für alle drei Nationen zu verortenden weltrevolutionären Charakters im ideologischen Sinne entfalten können. Gesellschaftliche Wandlungstendenzen hatten in Deutschland eine zunächst regional-, dann „staatsräumlich“ begrenzte Funktion.¹³ Damit wirken sie eher als Appendix zu den großen Revolutionen, denen sie sich gleichsam anzuschlie-

ßen und nachzueifern suchten – mit Ausnahme der zweiten bürgerlichen Revolution 1918 zumeist in zeitlich weiter Entfernung.

Damit ist ein wesentlicher Unterschied herausgestellt, der den Charakter deutscher revolutionärer Bewegungen von denen jener drei großen Staaten entkoppelt und sie als ideologisch ohne Weltanschauungsanspruch freilegen läßt. Der mit Revolutionen verbundene zukunftssträchtige Wandel bleibt bezogen auf einen festgelegten territorialen Raum.

Diese theoretischen Vorüberlegungen bildeten die Grundlage für die nachfolgenden Beiträge und bestimmten auch die Zusammenstellung der Vortragsreihe. Bewußt wurde auf die Thematisierung der technischen Neuerungen und Einflüsse auf Wandlungstendenzen verzichtet,¹⁴ und den Beiträgern die Bitte angetragen, Einflüsse des Militärs und Auswirkungen auf das Militär, wo möglich, mit einzubeziehen – die Marine im Besonderen spielte in den Revolutionsabläufen unterschiedliche Rollen, auch dies sollte Berücksichtigung finden.¹⁵ Wurde die erste deutsche Bundesflotte als Antwort auf die dänische Blockade im ersten deutsch-dänischen Krieg am 14. Juni des Jahres 1848 in der Frankfurter Paulskirche „aus der Wiege“ gehoben und zum nationaleinigenden Symbol eines zu gründenden Deutschen Reiches,¹⁶ so war es die Kaiserliche Marine, die im Gegensatz zum Heer nach 1871 als nationales Exekutivorgan zunehmend an Einfluß gewinnen konnte¹⁷ – so waren es die Mannschaften der Kaiserlichen Hochseeflotte, welche die Initialzündung für den Ausbruch der zweiten bürgerlichen Revolution gaben.¹⁸

Die Wirkungsmächtigkeit der Französischen Revolution im Rahmen der Revolutionsforschung auf den europäischen Kulturraum bleibt unbestritten und wird exemplarisch in Beziehung zu der „Revolution“ in der DDR des Jahres 1989 gesetzt – wobei die Ausdifferenzierung des Revolutionsbegriffes der heutigen Forschungsrichtung entsprechend per Definition erfolgt und nicht in den revolutionstheoretischen Rahmen eingeordnet wird.

Den Herausgebern liegt es am Herzen zu betonen, daß die Debatte um die Bedeutung des Umbruchs in der DDR 1989 und um die Titulierung als „Revolution“ noch längst nicht abgeschlossen ist.¹⁹ Dennoch markierte der Wandel in der DDR einen entscheidenden und letzten Punkt im Demokratisierungsbemühen der östlichen europäischen Nachbarn einerseits wie auch für das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten andererseits.

Auf den Vorbildcharakter der Französischen Revolution für die erste bürgerliche Revolution des Jahres 1848 wurde bereits im Jubiläumsjahr 1998 in Deutschland hingewiesen. Der Titel der großangelegten Ausstellung in der Frankfurter Schirn-Kunsthalle wies auf die unmittelbare Verbindung zur Französischen Revolution hin – die Symbolik der 48er-Revolutionäre drängte dies auch geradezu als „Aufbruch zur Freiheit“ auf.²⁰ Das Scheitern der ersten bürgerlichen Revolution ebnete einen restaurativen und gewaltvollen Weg im Deutschen Bund,²¹ dem wurde letztlich erst durch die „Reichseinigungskriege“ und die Dominanz Preußens wirkungsvoll begegnet. Im Bewußtsein der Menschen der damaligen Zeit schienen sich die Wünsche nach einem nationalstarken Deutschen Reich gerade in der Reichsgründung 1871 zu verwirklichen. Hier gilt es zu fragen, ob die Ereignisse des Jahres 1871 – im Vergleich zu denen

des Jahres 1848 als „von unten“ kommend – nicht als „von oben“ induziert betrachtet werden können und gleichsam revolutionären Charakter hatten.

Analog zur Wirkungsmächtigkeit der Französischen Revolution auf den Deutschen Bund kann die Russische Revolution für die Ereignisse der zweiten bürgerlichen Revolution 1918 im ausgehenden Kaiserreich gelten, die dessen Ende schließlich besiegelte und den Weg in das demokratisch orientierte Weimardeutschland ebnete. Bei Überprüfung der Begriffe muß auch gefragt werden, ob und inwieweit der Arbeiteraufstand in der DDR im Jahr 1953 als Revolutionsversuch bewertet werden kann, um gesellschaftliche Wandlungsprozesse in Gang zu setzen. Der Autor des Beitrages in diesem Sammelband, Torsten Diedrich, negiert dies. Er stellt heraus, daß diesem Aufstand eine Beschleunigerfunktion im Ausbau eines totalitären Überwachungsstaates innewohnte. Im Hinblick auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist dies eine nicht unbedeutende Feststellung, die im Rahmen des 50. Jahrestages des Arbeiteraufstandes nochmals hervorzuheben und im Rahmen der historisch-politischen Bildung zu diskutieren ist.

Die Revolutionsforschung der letzten Jahre fühlt sich weniger einem theoretischen Überbau verpflichtet denn einer auf empirischen Auswertungen fußenden Deskription. Damit spiegelt dieser Sammelband den zur Zeit weitläufigen Ansatz in der historischen Revolutionsforschung wider; zugleich gilt es jedoch auf die Theorieabsenz nochmals aufmerksam zu machen. Es erscheint vor allem mit Blick auf die Ereignisse in der DDR im Jahr 1989 geraten, eine neuerliche Theoriediskussion zur Revolutionsgeschichte anzustoßen, die einen wesentlichen Beitrag im historischen Aufarbeitungsprozess des europäischen Zusammenwachsens leisten kann.

In der historischen Rückschau können aus allen revolutionären Umbrüchen kurzfristige positive gesellschaftliche, freiheitliche Veränderungen abgeleitet werden, denen entweder unmittelbar oder langfristig auch negative Entwicklungen nachfolgten. Es wird die Frage zu stellen sein, ob vergleichbare Entwicklungen dem glückhaften deutschen Einigungsprozeß des Jahres 1990 – als Folge des gesellschaftlichen Umbruchs des Jahres 1989 in der DDR – ebenso nachfolgen werden oder bereits nachgefolgt sind. Birgit Aschmann widmet sich im ersten Beitrag auch dieser Fragestellung und kommt zu dem Ergebnis, daß es vor allem gesellschaftliche Verhaltensweisen waren, die sich als Folge des Einigungsprozesses eruptiv entladen konnten und Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander in Deutschland hatten.

Der Beitrag zur Französischen Revolution und der „dritten bürgerlichen Revolution in Deutschland im Jahr 1989“ (ob sich dieser von den Herausgebern vorgeschlagene Begriff halten kann, bleibt zu diskutieren, soll aber den bisherigen Begriffen „friedliche“ und „nationaldemokratische“ Revolution gegenübergestellt werden²²), bildet den zeitlichen Bezugsrahmen dieses Sammelbandes zu 200 Jahren Revolutionen in Europa (Aschmann), in den sich die Revolutionen von 1848 (Angelow) und 1918 (Hansen) – nicht ohne die Wirkungsmächtigkeit der Russischen Revolution zu vernachlässigen und hierauf in einem eigenen Beitrag hinzuweisen (Katzer) – sowie die Fragen nach Revolutionen oder Revolutionsversuchen von 1871 (Epkenhans) und 1953 (Diedrich) in „Deutschland“ einordnen.²³

1789 und 1989

Die Französische und die deutsche Revolution

von
BIRGIT ASCHMANN

Nichts ist geeigneter, Philosophen und Staatsmänner zur Bescheidenheit zu mahnen, als die Geschichte unserer Revolution, denn es gab niemals ein größeres, ein länger und besser vorbereitetes und trotzdem weniger vorhergesehenes Ereignis.

Alexis de Tocqueville

Als der Neuzeit-Historiker Michael Salewski im Jahre 1984 ein Buch unter dem Titel „Die Deutschen und die Revolution“ herausgab, räumte er schon in den ersten Zeilen der Einleitung ein, wie problematisch das Thema sei. „Amerikaner, Franzosen, Engländer, Russen, Chinesen – und die Revolution“, gab Salewski zu, „da gibt es nicht viel zu zweifeln und zu deuteln. Die Gesellschaften dieser Länder haben sich seit dem revolutionären Moment in ihrer Geschichte mit „ihrer“ Revolution nicht nur abgefunden, sondern identifiziert (...). Und die Deutschen?“, fragte Salewski sodann, „>Die Deutschen und die Revolution<? Hat es das überhaupt gegeben? Welches Revolutionsdatum feiern denn wir? Was hätten wir Amerikas 4., dem französischen 14. Juli, dem sowjetischen 7. November entgegensetzen?“ Schließlich bilanzierte der Historiker, „daß alle deutschen Revolutionen am Ende erfolglos geblieben sind und die Menschen in größerem Elend als zuvor zurückgelassen haben. Deutsche Revolutionsgeschichte“, so spitzte er zu, „ist die Geschichte eines unablässigen Mißerfolges“.¹ Da Geschichte stets – mehr oder minder bewußt – mit dem Auftrag befrachtet ist, Phänomene der Gegenwart dadurch verständlicher zu machen, daß ein Kontinuität und Folgerichtigkeit suggerierender „roter Faden“ von vormaligen bis in gegenwärtige Zeiten herauspräpariert wird, lag es quasi auf der Hand, unter dem Eindruck wenig erfolgreicher Revolutionsansätze den Deutschen prinzipiell die Fähigkeit zur Revolution abzusprechen. Mit der Revolution von 1989 hat sich diese Sichtweise radikal verändert. Der glückliche Revolutionsverlauf verändert den Blick auf die Vorgeschichte und fordert dazu auf, die Bedeutung früherer Revolutionen neu auszuloten.

Was liegt da näher, als sich zunächst einmal mit dem „Muster der Revolution“² zu beschäftigen, jener Revolution, die das „Zeitalter der Revolutionen“³ einläutete, eben der Französischen. Welche gemeinsame Basis aber rechtfertigt es, die Französische Revolution von 1789 gemeinsam mit der deutschen von 1989 in einem Aufsatz abzuhandeln? Ergeben sich über den Umstand, daß die deutsche Revolution von 1989 nun die Grundlage einer neuen Retrospektive ist, hinaus gemeinsame Bezugspunkte für beide Revolutionen? Auf diese Frage wird am Ende zurückzukommen sein, nach-

dem der Verlauf beider Revolution nachvollzogen sein wird. Um den Bogen von der Französischen Revolution zur deutschen Geschichte schlagen zu können, soll bei der Frage, welche Bedeutung die französischen Ereignisse für Europa hatten, die deutsche Rezeption im Vordergrund stehen.

Die Französische Revolution

Je mehr man sich bemüht, die Französische Revolution zu fokussieren, um so weniger scheint das Bild scharf werden zu wollen. Ausgewiesene Experten konstatieren die Paradoxie, daß mit zunehmenden Forschungsergebnissen zur Revolution „ihr Gegenstand eigentlich nicht klarer, sondern immer schillernder wird“⁴. Die entscheidende Ursache ist darin zu suchen, daß sich – zum Teil zeitlich überlagernd – verschiedene, einander sogar konträre Prozesse abspielten, die im Laufe der Zeit unter dem alles umfassenden Etikett „Französische Revolution“ zusammengekleistert wurden. Das ist insofern für die Rezeptionsgeschichte der Revolution von nicht zu unterschätzender Bedeutung, als sich fortan Vertreter diverser Positionen auf die Französische Revolution beriefen, aber komplett Gegensätzliches im Auge hatten – und das, wie bei einem Vexierbild, bezeichnenderweise mit gleichem Recht.⁵ Das Bild der einheitlichen „Großen Revolution“ ist also zunächst in seine verschiedenen Bestandteile zu zerlegen.

Daß es überhaupt zu einer Revolution kommen konnte, lag am Zusammentreffen der offenbar unverzichtbaren Trias von strukturellen Mißständen, dem personalen Faktor und situativen, akzidentiellen Gegebenheiten. Zu den strukturellen Ursachen der Eskalation ist unter anderem die Finanzkrise zu zählen.⁶ Sowohl die Kriegszüge als auch die aufwendige Lebensführung am absolutistischen Hofe hatten die Staatskassen inzwischen entleert. Da sich die von der Steuer befreiten Kleriker und insbesondere die Aristokraten, also der erste und zweite Stand, weigerten, von ihren Privilegien abzurücken, wurde weiterhin die gesamte Last der Staatsverschuldung auf den dritten Stand abgewälzt. Dieser hatte jedoch aus dem allmählichen Wirtschaftswandel und den rückenstärkenden Schriften der Aufklärung jener *philosophes* wie Voltaire, Montesquieu, Diderot oder Rousseau neues Selbstbewußtsein geschöpft und begann, sich gegen die starre, feudalistische Gesellschaftsstruktur aufzulehnen. Angeheizt wurde die antiaristokratische Stimmung in der unmittelbaren Revolutionszeit durch Flugschriften wie jene berühmte von Abbé Sieyès „Qu’est-ce que le Tiers État?“, die den Adelsstand als überflüssig und schädlich attackiert und im Dritten Stand die eigentlichen Wirkmächte des Staatsunterhalts ausmacht, weshalb ihm ein adäquates Mitspracherecht eingeräumt werden müsse. So stellt der Autor fest,

„daß der angebliche Nutzen eines privilegierten Standes für den öffentlichen Dienst nichts anderes als ein Hirngespinnst ist; daß alles Mühsame, das es in diesem Dienst gibt, durch den dritten Stand erledigt wird, und zwar ohne den privilegierten Stand; daß die höheren Stellen unendlich viel besser besetzt wären ohne ihn; daß sie naturgemäß die Bestimmung und die Belohnung der anerkannten Begabungen und Dienste sein müßten; und daß, wenn es den Privilegierten gelungen ist, alle Stellen, die Gewinn und Ehre bringen, an sich zu reißen, dies zugleich eine hassenswerte Ungerechtigkeit gegen die Allgemeinheit der Bürger und ein Verrat an der öffentlichen Sache ist.“⁷

Letztlich wagt Abbé Sieyès den ersten beiden Ständen, die traditionell seit dem Mittelalter die politischen Geschicke des Landes lenkten, ohne an eine Konsultierung der von ihnen Regierten überhaupt zu denken, sogar die Zugehörigkeit zum inneren Kern der staatlichen Gemeinschaft abzusprechen: „Eine solche Klasse ist ohne Frage der Nation fremd durch ihre totale Untätigkeit.“

Mit dem Terminus „Nation“ hatte Abbé Sieyès einen Begriff aufgegriffen, der für die nächsten zwei Jahrhunderte von folgeschwerer Relevanz sein sollte. Er selber verstand darunter die politische Emanzipation des bislang minderprivilegierten Dritten Standes bis hin zu der These: „Der Dritte Stand umfaßt also alles, was zur Nation gehört. Und alles, was nicht Dritter Stand ist, kann sich nicht als Bestandteil der Nation betrachten“.⁸

Diese Ansicht fand durchaus Anklang. Nachdem sich im Mai 1789 schließlich die Generalstände, die während der gesamten Ära des Absolutismus nicht zusammengekommen waren, wieder versammelt hatten, ohne sich auf einen Abstimmungsmodus einigen zu können, erklärte sich der Dritte Stand am 17. Juni kurzerhand zur „Nationalversammlung“. Die Entschlossenheit, endlich politische Verbesserungen zugunsten der Bevölkerung herbeizuführen, die zu 96-98 % zum Dritten Stand zählte, manifestierte sich schließlich im Ballhauschwur: Am 20. Juni 1789 gelobten die gewählten Vertreter des Dritten Standes feierlich, erst auseinander zu gehen, wenn eine nationale Verfassung geschaffen worden sei. Will man Wendepunkte, zentrale Weichenstellungen im Revolutionsverlauf ausmachen, so sind sie in diesen Entschlüssen des Dritten Standes zu suchen – und nicht etwa in dem als Mythos restlos überhöhten, tatsächlich aber überaus fragwürdigen Sturm der Bastille.⁹

Daß es zu jenem Massenaufbruch kam, der sich schließlich in der Stürmung des Pariser Staatsgefängnisses entlud, derer ganz Frankreich alljährlich am 14. Juli gedenkt, lag insbesondere an der Hartnäckigkeit, mit der sich die Aristokraten den bürgerlichen Forderungen offen oder verdeckt widersetzen. Die Einberufung der Generalstände hatten die ersten beiden Stände gefördert aus der Erwartung heraus, dieserart weitere Zugeständnisse der Krone erzwingen zu können. Der Versuch, den Unmut des dritten Standes als Drohgebärde zu instrumentalisieren, um den König unter Zugzwang zu setzen, erwies sich jedoch als Zündeln am Pulverfaß: Die Entwicklungen schienen plötzlich aus dem Ruder zu laufen. Die vom Dritten Stand projektierten Beschränkungen althergebrachter Privilegien widersprachen so sehr aristokratischen Interessen, daß ein „Adelskomplott“ geradezu zwangsläufig schien. Die sogenannte „Große Angst“¹⁰ vor der Gegenrevolution, die plötzlich umging, brachte den revolutionären Funken unter die bäuerlichen und städtischen Massen, wo es infolge der wirtschaftlichen Misere vorangegangener Jahre ohnehin schon garte. In der Entlassung des populären Premierministers Necker am 11. Juli meinte man den Auftakt einer konservativen Verschwörung zu sehen, eine Auffassung, die durch Gerüchte über Truppenbewegungen bestätigt schien. Als sich Widerstände bei dem Versuch der Bürger ergaben, in Besitz von Waffen und Munition zu gelangen, eskalierte die Situation, und mit Piken, Messern, Beilen und Gewehren bewaffnete Handwerker, Händler und Soldaten zogen dorthin, wo man Waffenvorräte vermutete: zur Bastille, deren Besatzung schließlich kapitulierte. Der tatsächliche Ertrag dieser revolutionären Tat steht in

Wien, Berlin und die Militärgewalt in der 48er Revolution¹

von
JÜRGEN ANGELOW

„Die großen Fragen der Zeit“ werden nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse entschieden, „sondern durch Eisen und Blut“.² Dieser geistreiche Exkurs des neu ernannten preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck vor der darüber erstarrten Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses vom September 1862 bezog sich ausdrücklich auf die Fehler der Revolution von 1848/49 und steht zugleich leitmotivisch für die an dieser Stelle zu behandelnde Problematik: Gemessen an der bis heute beinahe unübersehbar angeschwollenen Forschungsliteratur zur Revolution haben Funktion und Folgen militärischer Einsätze in ihr sowie die Veränderung des militärischen Mittels in ihrem Gefolge bisher noch keine große Beachtung gefunden. So kann die Militärgeschichte dieser Revolution durchaus als ungeschrieben angesehen werden.³

Aus dem Spektrum möglicher Fragestellungen zu dieser sehr globalen Thematik wird an dieser Stelle die Bedeutung und Intensität des inneren Einsatzes der Armee als politisches Instrument der Gegenrevolution zur Verteidigung der alten Ordnung untersucht. Sofern sie damit im Zusammenhang steht, sollen auch Funktion, Ausmaß und Effekte des Einsatzes der bewaffneten Macht nach außen hinterfragt werden. Immerhin stellten sich mit der Revolution und der in ihrem Gefolge machtvoll aufbrechenden nationalen Euphorie viele territoriale Fragen vollkommen neu, ganz abgesehen davon, daß sich lokale Konflikte auch innenpolitisch instrumentalisieren ließen. Schließlich sollen die Optionen zu einer Veränderung des staatlichen Gewaltmonopols thematisiert werden: durch den Versuch der liberalen Kräfte, die alleinige monarchische Verfügungsgewalt über die Armee abzuschaffen und ihre parlamentarische Kontrolle einzuführen, wie es in den Debatten der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche deutlich wurde. Bei der Beantwortung dieser Problemkreise wird eine Fokussierung auf die Mitte Europas erfolgen, auf jene Territorien, die vor und nach der Revolution zum Deutschen Bund gehört haben, insbesondere aber auf seine beiden deutschen Vormächte, Österreich und Preußen, noch genauer: auf deren Hauptstädte Wien und Berlin.

Denn die Revolution von 1848 war vor allem eine Kettenreaktion metropolitiner Revolutionen, die in den industrialisierten Kernen Europas ablief, die ihrerseits durch moderne Kommunikationsmittel, Telegraphie und Eisenbahn, miteinander verbunden waren. Ländliche Abgelegenheit oder ländlich-paternalistische Milieus bewirkten dagegen vielfach Revolutionsabstinenz oder gar handfeste gegenrevolutionäre Aktivitäten. Unter diesen Voraussetzungen läßt der Vergleich der beiden großen deutschen Revolutionsmetropolen Wien und Berlin in Bezug auf das Vorgehen der militärischen Gegenrevolution neben Besonderheiten geradezu idealtypisch neue Ten-

denzen erkennen. Diese haben im Verlauf der Revolution den Erfahrungshorizont der Akteure mehr und mehr bestimmt.

Zweifellos barg die 48er Revolution, wie jede andere auch, ein enormes Gewaltpotential in sich, sowohl auf Seiten der revolutionären als auch der gegenrevolutionären Kräfte. Führende Vertreter der alten hochkonservativen Elite, unter ihnen preußische Politiker wie Heinrich von Arnim-Suckow und Karl von Bunsen sowie Militärs wie Joseph Maria von Radowitz hatten die „reinigende Kraft“ eines allgemeinen europäischen Krieges deutlich betont.⁴ Auch in Österreich war von hochkonservativ-aristokratischer und militärischer Seite noch am Vorabend der Revolution der Wunsch geäußert worden, „die Krankheiten der Zeit“ mit dem Schwert zu heilen: „Nur ein Krieg könne Österreich aus dem Marasmus retten und Deutschland gesunden lassen, Krieg müsse an die Stelle der halben Maßregeln von dreiunddreißig Jahren treten“,⁵ womit die Jahre der Ära Metternich seit dem Wiener Kongreß gemeint waren. Im Lager der Revolution war Gewalt ebenfalls befürwortet worden, sofern sie zum Sturz der bestehenden Verhältnisse beitragen würde. In diesem Sinne hatte der Wiener Revolutionär Johann Nepomuk Berger, ein späterer Minister, postuliert: „Wenn wir den Absolutismus für immer los werden wollen, dann muß geschossen werden, sonst bleibt alles beim alten“.⁶ In dem Maße aber, in dem die Führer der Revolution ihre Ziele erreicht sahen, unter Verwendung eigener bewaffneter Formationen, rückte das Mittel der Gewalt in den Hintergrund. Von nun an wurde es vorrangig zur Abweisung sozialer Forderungen der Unterschichten und schließlich – halbherzig und in doppelter Frontstellung – zur Verteidigung vor dem Ansturm der bewaffneten Gegenrevolution benutzt.

Die Gewaltandrohung bildete einen immanenten Bestandteil der Revolution. Zwischen 1848 und 1850 mußte sogar mit einem „großen“ europäischen Krieg gerechnet werden, gab es doch schwerwiegende ideologische Kontroversen, namentlich zwischen den drei konservativen Ostmächten und Frankreich, dessen Außenminister nach dem Sturz der Julimonarchie, Alphonse de Lamartine, in seinem Manifest vom 4. März 1848 Frankreichs Teilnahme am Wiener Vertragssystem von 1815 aufgekündigt hatte.⁷ Daneben hätte eine ganze Reihe militärischer Verwicklungen leicht in einen „großen Konflikt“ umschlagen können.⁸ Vielleicht ist dieser auch deshalb nicht ausgebrochen, weil die Revolution schlechter bewaffnet und organisiert war, als ihre Gegner, konnte man doch staatlich-organisierte militärische Gewalt vor allem auf Seiten letzterer antreffen. Obwohl gewaltsames Handeln in der Regel zwei- oder mehrseitig ist, soll an dieser Stelle eine thematische Eingrenzung auf die Rolle der bewaffneten Macht als Instrument der Gegenrevolution erfolgen, also auf jene zentrale Funktion, in der sich das staatliche Gewaltmonopol und das politische Interesse der herrschenden Elite in besonderer Weise verknüpfte.

Der Ausbruch der französischen Februarrevolution von 1848 war in Wien und Berlin als elementares Ereignis angesehen und mit aggressivem Mißtrauen betrachtet worden. Mit den Barrikadenkämpfen von Paris, die am 24. Februar zur Abschaffung der Monarchie geführt hatten, war die Befürchtung wach geworden, daß durch ein Wiederaufleben der militanten Befreiungsideologie in Frankreich der europäische Kontinent erneut – wie nach 1789 – in eine langandauernde Konfrontation gestürzt werden

konnte. Friedrich Wilhelm IV. schloß einen Präventivkrieg nicht aus, um den Krater der Revolution ein für allemal zu verschließen, er würde „wenn es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahr eines Krieges einem schmähhlichen Frieden vorziehen.“⁹ In der selben Absicht und um der Gefährdung Österreichs, seiner italienischen Besitzungen sowie der Staaten des Deutschen Bundes „einen Damm entgegenzustellen“,¹⁰ hatte auch Metternich sofort einen Krieg gegen das revolutionäre Frankreich ins Auge gefaßt und darüber am 4. März Verhandlungen mit dem preußischen Unterhändler, dem einflußreichen Vertrauten König Friedrich Wilhelms IV. und Mitglied der Bundesmilitärkommission Joseph Maria von Radowitz begonnen. Der hatte zwar seine Bereitschaft erklärt, gemeinsam zu untersuchen, „ob es noch möglich sei, einen Damm gegen die revolutionären Fluten aufzurichten“, die im Begriff waren, sich über Europa zu ergießen,¹¹ ansonsten aber die Ansicht vertreten, daß nicht „Zuschlagen“ sondern eine Bundesreform Entlastung versprechen würde, falls sie nationalen Bedürfnissen entgegenkomme.¹² Zwar hatte Metternich die Ansichten des preußischen Unterhändlers nicht geteilt aber dennoch eingelenkt, da ihm auch in St. Petersburg und London abgewinkt worden war und er die preußische Bundesgenossenschaft nicht verlieren wollte. Gleichzeitig war Anfang März auch General Alfred Fürst Windischgrätz nach Wien beordert worden, um sich als designerter Oberbefehlshaber einer aufzustellenden deutschen Interventionsarmee zur Verfügung zu halten.¹³

Unterdessen hatte die deutsche Bundesversammlung in Frankfurt a. M. dem Druck der revolutionären Massenaktionen durch eine flexible Doppelstrategie zu begegnen versucht: Einerseits offerierte sie Zugeständnisse – so hob sie die Karlsbader Beschlüsse auf, einschließlich der Bestimmungen über die Zensur, führte Wappen und Farben des Deutschen Bundes ein und berief Männer der allgemeinen Vertrauens für eine verfassungsgebende Versammlung.¹⁴ Andererseits suchte sie der Revolution durch militärische Präsenz bereits präventiv entgegenzuwirken. Allerdings verlagerte sich im Verlauf der Revolution das Gewicht der politischen Verantwortlichkeit vom Bund auf die provisorische Zentralgewalt und den Reichsverweser, nachdem die Bundesversammlung am 12. Juni 1848 ihre bisherige Tätigkeit für beendet erklärt hatte.¹⁵ Namentlich aber blieb sie bei den deutschen Einzelstaaten, von denen allein Österreich und Preußen europäisches Gewicht besaßen, weshalb ihnen eine maßgebende Bedeutung zukam. Gegen ihren Widerstand lief nach wie vor nichts, so daß der Nationalversammlung eine Steuerung der bewaffneten Macht nach innen oder nach außen zu keinem Zeitpunkt gelang. Derartig weitreichende Entscheidungen über ihren Einsatz blieben vollends einzelstaatlicher Kompetenz vorbehalten. Damit befanden sie sich im Spannungsfeld von revolutionären Einflüssen und fürstlicher Verfügungsgewalt, gleichsam als ein Indikator für die mangelnde Tiefe des revolutionären Umbruchs.

Gegen revolutionäre Freischaren in Süddeutschland hatten bereits Anfang März militärische Bereitschafts- und Mobilmachungsmaßnahmen eingesetzt.¹⁶ Doch während alle Blicke auf die Außengrenzen des Deutschen Bundes gerichtet waren, wurde dessen innere Staatenwelt bereits von den revolutionären Ereignissen überspült, als sich die längerfristigen Reformprogramme des deutschen Liberalismus mit der Stoßkraft der radikalisierten Massen verbanden. Besonders in Süd- und Westdeutschland –

Bismarck und die Gründung des Deutschen Kaiserreiches

Die Erfüllung eines nationalen Traums oder ein
„Revolutionsversuch von oben“?¹

von
MICHAEL EPKENHANS

I.

Im Mai 1889 entspann sich im Reichstag eine geradezu merkwürdige Debatte über die Bedeutung revolutionären Wandels für die europäische wie auch für die deutsche Geschichte seit 1789.² Im Gegensatz zu den Liberalen, geschweige denn den Konservativen, war es allein der Führer der Sozialdemokraten, August Bebel, der den revolutionären Ideen von 1789 etwas Positives abgewinnen konnte: „Denken sie“, rief er den Liberalen schließlich zu, „an den späteren Nationalverein, dessen Hauptführer noch heute unter uns sitzen, Herr von Bennigsen und Dr. Miquel. Ohne die Agitation dieses Vereins, ohne dieses fortgesetzte Stiften von Unruhe und Unzufriedenheit im deutschen Volk über die bestehenden Zustände wäre die deutsche Einheit überhaupt nicht erreicht worden.“ „Allgemeines Gelächter“ brach daraufhin im Reichstag aus, wie der stenografische Bericht vermerkte. Es wäre jedoch falsch zu glauben, dass die Aversion der Reichstagsmehrheit gegen den Führer der verfemten Sozialdemokraten allein dafür verantwortlich war. Bebels Rede hatte vielmehr einen wunden Punkt liberalen Selbstverständnisses getroffen.

Anders als in der Reichsgründungsära gab sich die Mehrheit der Liberalen nunmehr in erster Linie national und wollte von der liberal-emanzipatorischen Komponente ihrer Vergangenheit nichts mehr wissen. Wie große Teile der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit huldigte sie dem „Reichsschmied“ – Otto von Bismarck. Einer ihrer Protagonisten, der Bonner Historiker Heinrich von Sybel, hatte diese Deutung in seiner Geschichte der „Begründung des Deutschen Reiches“ bereits in quasi amtliche Form gegossen.³ Die liberalen Anteile hatte er dabei zwar nicht ganz vergessen, alles in allem aber den ministeriellen Haupturheber und ringenden Preußenretter in den Mittelpunkt gestellt und dabei, wie der Historiker Hans Delbrück bereits damals pointiert formulierte, „aus einem furchtbaren Königstiger eine zahme Hauskatze gemacht.“ Dennoch folgten viele dem von Sybel begründeten borussischen Nationalmythos und überspitzten ihn schließlich in der These, Bismarck habe bereits seit seinen Göttinger Studien einen „deutschen Zukunftsglauben“ gehabt und diesen unbeirrt und ohne Hilfe anderer verwirklicht.

Bismarck wiederum hatte eine ganz eigene, andere Sicht dieser Ereignisse. „Es hieße“, ließ er – bei aller gleichzeitigen Freude über die nach Friedrichsruh pilgernden Bürger und über die für ihn errichteten Denkmäler – den Wiener Historiker Heinrich Friedjung wissen, der ihm 1890 nahezu penetrant einen „masterplan“ hatte suggerieren wollen, „das Wesen der Politik verkennen, wollte man annehmen, ein Staatsmann könne einen weit aussehenden Plan entwerfen und sich als Gesetz vorschreiben, was er in einem, zwei oder drei Jahren durchführen wolle [...] Man kann sich nur im großen die zu verfolgende Richtung vorzeichnen; diese freilich muß man unverrückt im Auge behalten, aber man kennt die Straßen nicht genau, auf denen man zu seinem Ziele gelangt. Der Staatsmann gleicht einem Wanderer im Walde, der die Richtung seines Marsches kennt, aber nicht den Punkt, an dem er aus dem Forste heraustreten wird. Ebenso wie er muss der Staatsmann die gangbaren Wegen einschlagen, wenn er sich nicht verirren soll.“⁴

II.

Was ist nun also die historische „Wahrheit“? Eine ausgewogene Antwort hierauf ist nicht unwichtig, ermöglicht sie doch, die „Chancen“ deutscher Geschichte auszuloten, mögliche deutsche „Sonderwege“ zu erklären und – last but not least – den vielfach mythisierten oder dämonisierten Bismarck wie auch die oft belächelte liberale Nationalbewegung gerecht zu beurteilen.

Versucht man, diese Frage zu beantworten, dann ist es notwendig, bei der Revolution von 1848/49 anzuknüpfen. Obwohl Preußen durch die Weigerung des Königs, die Kaiserkrone anzunehmen und die daran anschließende Niederschlagung der Revolution für deren Scheitern maßgeblich mitverantwortlich war, stellte diese doch einen tiefen Einschnitt dar: Im Vergleich zum Jahre 1847 hatte sich das nicht-österreichische Deutschland durch die Revolutionszeit politisch und gesellschaftlich tief verändert. Auch die Periode der Reaktion, die mit polizeistaatlichen Mitteln, der Revision der Verfassungen und der Wiederherstellung des Deutschen Bundes diese Entwicklung noch einmal anzuhalten versuchte, konnte die Erkenntnis nicht verdrängen, dass selbst eine gescheiterte Revolution den Aufbruch in eine neue Zeit markieren konnte; viele liberale Gesetze behielten ihre Gültigkeit, Preußen blieb – im Gegensatz zu Österreich – ein Verfassungsstaat, liberale Wirtschaftsreformen verhalfen der Industrialisierung endgültig zum Durchbruch und arbeiteten indirekt der seit den Entscheidungen der Paulskirche von 1848/49 deutlich vorgezeichneten kleindeutschen Lösung insofern weiter vor.

Diese Entwicklung wurde spätestens 1858/59 deutlich, als nicht nur in Preußen eine „Neue Ära“ begann.⁵ Entgegen dem Rat selbst seines kranken Bruders leistete Wilhelm I. bei Übernahme der Regentschaft im Oktober 1858 den förmlichen Eid auf die Verfassung. Zugleich ernannte er eine Regierung, die sich durch ihren liberal-konservativen Zuschnitt deutlich von dem reaktionären Regiment des bisherigen Ministerpräsidenten Manteuffel unterschied, und in einer öffentlichen Erklärung verkündete er: „In Deutschland muss Preußen moralische Eroberungen machen, durch

eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. Die Welt muss wissen, dass Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.“⁶ Damit traf der Regent ohne Zweifel die hochgespannten Erwartungen der liberalen Öffentlichkeit. In der Wortwooge „moralischer Eroberungen“ überhörte diese allerdings die gleichzeitige Warnung, dass die Regierung sich keineswegs „fort und fort treiben lasse müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen.“⁷

Entscheidend beflügelt wurde die Euphorie der liberalen, nationalen Öffentlichkeit durch den im Frühjahr 1859 ausbrechenden italienischen Einigungskrieg. Indem das kleine Piemont im Bündnis mit Frankreich Österreich aus Italien verdrängte, brachte es zunächst die Wiener Ordnung von 1815 teilweise zum Einsturz und verteilte die Gewichte auf dem Kontinent – zumindest temporär – neu, da es Frankreich quasi zum Schiedsrichter Europas machte. Für die weitere Entwicklung im Reichsgründungs Jahrzehnt und für Österreichs wie auch für Bismarcks Politik war diese Gewichtverschiebung von zentraler Bedeutung.⁸

Zugleich, und darin lag die besondere innenpolitische Brisanz, setzte die Einigung Italiens ein Zeichen für diejenigen in Deutschland, die an den 1848/49 gescheiterten Traum eines einheitlichen, konstitutionell regierten deutschen Nationalstaates anknüpfen wollten. In heute nur schwer vorstellbarer Weise nahmen weite Kreise des Bürgertums und darüber hinaus Anteil an den Ereignissen in Italien, wobei deren Haltung zu dem Krieg keineswegs einheitlich war. Immerhin war Österreich Teil des Deutschen Bundes, und viele Zeitgenossen betrachteten dessen italienische Besitzungen als die „Vormauer des Reiches“. Karl Marx und Friedrich Engels, ansonsten geächtete Vertreter der Linken, beispielsweise verteidigten Österreich, Ludwig Bamberger, ein anderer 1848er, von preußischen Gerichten 1849 zum Tode verurteilt und seitdem auf der Flucht, hingegen überschlug sich regelrecht in seiner Parteinahme für Preußen. „Realpolitiker“ wie der Kieler Historiker Johann Gustav Droysen wiederum hatten zwar Sympathie für Italien, wünschten aber den Erfolg Österreichs, denn: „Hätte Österreich Italien nicht, so würde es umso schwerer auf Deutschland drücken, es würde nicht eher ruhen, als bis es Preußen, d.h. die nationale Entwicklung Deutschlands eliminiert hätte.“⁹

Diese Auffassung von Preußens „deutschem Beruf“ teilte auch der in Anlehnung an italienische Vorbilder im Herbst 1859 gegründete „Deutsche Nationalverein“: „Unsere Hoffnung“, so das Gründungsmanifest, „richten wir daher auf Preußens Regierung, welche durch den im vorigen Jahre aus freiem Antriebe eingeführten Systemwechsel ihrem Volke und ganz Deutschland gezeigt hat, dass sie als ihre Aufgabe erkannt hat, ihre Interessen und die ihres Landes in Übereinstimmung zu bringen, und für einen solchen Zweck Opfer an ihrer Machtvollkommenheit sowie die Betretung neuer und schwieriger Bahnen nicht scheut. Die Ziele der preußischen Politik fallen mit denen Deutschlands im Wesentlichen zusammen.“¹⁰

Ein Jahrzehnt nach dem Ende der maßgeblich von preußischen Truppen niedergeschlagenen Revolution war dieses Manifest, das darüber hinaus in Anknüpfung an 1848 die Einberufung eines deutschen Parlaments und die Errichtung einer starken

Die Russische Revolution und ihre Auswirkungen auf Deutschland und Europa

von
NIKOLAUS KATZER

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich die Koordinaten der historischen Erinnerung an die Oktoberrevolution verschoben. An die Stelle polarisierter, nicht selten politisch gefärbter Betrachtung ist weitgehend eine nüchterne Bestandsaufnahme mit einem durch neue Quellen geschärften Blick getreten. Sowohl die Ansicht, der bolschewistische Umsturz sei nicht mehr als das Werk einer radikalen Gruppe von Verschwörern gewesen, die sich des russischen Staates bemächtigt habe, um ein aussichtsloses soziales Experiment durchzuführen, als auch die Deutung, es habe sich um eine sozialistische Revolution gehandelt, die ein neues Zeitalter der Menschheitsgeschichte eröffnete, sind in größere Kontexte eingebettet worden. Nunmehr markiert der 25. Oktober 1917 den Fluchtpunkt einer epochalen Katastrophe, die neben spezifischen russischen Ursachen vor allem den Ersten Weltkrieg zur Voraussetzung hatte. Deutlicher als zuvor treten der „Sturm auf das Winterpalais“ und der „Triumphzug der Sowjetmacht“ als mythenbildende Inszenierungen der Bolschewiki hervor. Zugleich gewinnt die spontane Wucht der Massenbewegungen der Bauern, der Arbeiter und der Völker des Russischen Reiches schärfere Konturen. Zwar verstanden sich die Berufsrevolutionäre in Lenins Kaderpartei tatsächlich besser als alle Konkurrenten um die Macht auf die Technik des Aufstands. Doch erschöpfte sich ihre Bedeutung nicht in einem erfolgreichen Staatsstreich. Unabhängig davon, wie realistisch ihre Spekulation auf eine deutsche, europäische und weltweite revolutionäre Kettenreaktion gewesen war, übte der Rote Oktober eine immense, grenzüberschreitende Faszination nach Westen wie nach Osten aus. In Lenins Vorstellungshorizont kam den revolutionären Ereignissen in Rußland globale Signalwirkung zu, obwohl das Zarenreich das schwächste Glied unter den imperialistischen Mächten gewesen war. Eine Untersuchung der Wirkung der Revolution jenseits der russischen Grenzen muß jedoch die spezifischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern berücksichtigen und kann sich nicht auf einen bloßen Nachahmungsmechanismus beschränken. Deshalb sollen im Folgenden in drei konzentrischen Kreisen zunächst der revolutionäre Umbruch in Rußland selbst, dann dessen Spiegelungen in Deutschland und schließlich der Einfluß auf europäische bzw. weltweite Entwicklungen beschrieben werden.

Der Erste Weltkrieg zerstörte alle militärischen und administrativen Klammern, die Rußland Halt gegeben hatten.¹ Die Forderungen der kriegsmüden Soldaten nach sofortigem Frieden, der von den Mittelmächten zu erträglichen Bedingungen kaum zu haben war, die der hungernden Arbeiter und Stadtbewohner nach Brot, das angesichts einer kollabierenden Wirtschaft und unterbrochener Versorgungswege immer schwieriger zu beschaffen war, und die der landarmen Bauern nach Übertragung des gesamten Bodens, den sie traditionell als ihr „heiliges Eigentum“ betrachteten, verlangten

nach radikalen Lösungen. Hinzu kam, daß einzelne Völker des Reiches nicht mehr nur Autonomie, sondern gleich die Sezession anstrebten. Welche bis dahin bekannte Macht wäre solchen Aufgaben gewachsen gewesen? Jedenfalls blockierten sich in Rußland die 1906 erstmals einberufene, nach dem Zensuswahlrecht gewählte, in ihren Befugnissen eingeschränkte Staatsduma, die Bürokratie, der Adel und die Hofgesellschaft gegenseitig, als es darum ging, die existenzielle Krise zu meistern. Weitgehend außerhalb dieser Machtinstanzen agierten die jungen politischen Parteien. Angefangen von der radikalen Linken (Bolschewiki), über die orthodoxen Marxisten (Menschewiki) und die Agrarsozialisten (Partei der Sozialrevolutionäre), über die Liberalen (Partei der Volksfreiheit, Konstitutionelle Demokraten) und die Konservativen bis hin zu den Monarchisten und den extremen Rechten, hatten sie alle erst um die Wende zum 20. Jahrhundert zu organisatorischen Formen gefunden. Die revolutionäre Bewährungsprobe überstanden nur die Bolschewiki, obwohl sie Anfang 1917 noch eine unbedeutende Splitterpartei gewesen waren. Im Jahr 1913 hatte Rußland noch die übrige Welt mit beachtlichen industriellen Wachstumsraten in Erstaunen versetzt. Optimistische Prognostiker sagten trotz der offenkundigen gesamtwirtschaftlichen Schwächen dem Schwellenland bis zur Jahrhundertmitte den Aufstieg zu einer führenden Wirtschaftsmacht voraus.² Die russische „Zivilgesellschaft“ steckte noch in den Kinderschuhen, als der Eintritt des Zarenreiches in den Weltkrieg radikal die Wegzeichen änderte.

I. Demokratie und Diktatur: Das Jahr 1917 im Kontext der russischen Geschichte

Die Russische Revolution hatte wie viele andere Revolutionen ein Janusgesicht. Die eine Seite trug freundliche und sanfte Züge. Sie stand für den visionären Traum, der über die widerspenstige Wirklichkeit hinweg eine lichte Zukunft verhieß.³ Die andere Seite war grob und furchteinflößend. Sie spiegelte die gewalttätigen Schattenseiten des Alltags.⁴ Manche Zeitgenossen glaubten hingegen, in Rußland verteile sich Licht und Schatten einseitig auf die „unblutige“, demokratische Revolution im Februar bzw. auf den bewaffneten Staatsstreich im Oktober und das nachfolgende diktatorische Regime der Bolschewiki. In dieser Sicht werden allerdings die verhängnisvollen Begleiterscheinungen der Herrschaft der Provisorischen Regierung vom Frühjahr bis zum Herbst des Jahres 1917, die sich verschärfenden Machtkämpfe sowie der fortschreitende Zerfall der Ordnung im Inneren des Reiches und an den Kriegsfrenten unterschlagen.⁵

Der Sturz der Zarenmonarchie bedeutete für Rußland eine epochale Zäsur. Nach Jahrhunderten autokratischer Herrschaft stand erstmals eine eigenverantwortliche republikanische Regierung an der Spitze des Vielvölkerreiches. Aus dem „Hort der Reaktion“ war inmitten des Krieges ein „Land der Freiheit“ geworden, das sich seiner Fesseln auf friedlichem Wege entledigt hatte. Die Gründe für das Scheitern des nachfolgenden freiheitlichen Experiments sind vielfältig. Gerade die Demokratisierungstendenzen in den vom Alten Regime übernommenen Einrichtungen untergruben

die Autorität der Provisorischen Regierung. Die Stadtparlamente (*gorodskie dumy*) und die Selbstverwaltungsorgane auf dem Lande (*zemstva*) verstärkten die zentrifugalen Tendenzen. Sie stellten regionale Interessen über die der Zentralbehörden. Sofern Institutionen sich mit der offiziellen Linie der Regierung identifizierten, verloren sie jegliches Ansehen bei der Bevölkerung. Viele Soldaten etwa wollten von einer Fortsetzung des Krieges „bis zu einem Sieg“ über die Mittelmächte auch „im Namen der Freiheit“ oder aus Bündnistreue nichts mehr wissen.⁶ Die Bauern ließen sich in der Landfrage nicht länger auf Entscheidungen einer noch nicht einmal gewählten Versammlung vertrösten.⁷ Arbeiter blieben der Werkbank fern, organisierten sich selbst gegen die Unternehmer oder wehrten sich mit Streiks und Demonstrationen gegen eine Rücknahme von Lohn- und Mitbestimmungsvereinbarungen, gegen eine Verschärfung der Arbeitsdisziplin oder für eine Verbesserung der medizinischen Versorgung.⁸ Die Nationalbewegungen an der Peripherie des Reiches wollten nicht auf ein „allrussländisches Parlament“ warten, das ihnen schließlich vielleicht doch die autonomen Rechte wieder streitig machte.⁹

Wegen der wachsenden Unzufriedenheit gewannen die nach dem Vorbild von 1905 wiederbelebten basisdemokratischen Räte (*sovety*), aber auch die wild wuchernenden Komitees mit ihren radikalen Forderungen nach Frieden (bis zum 1. Sept. desertierten 900.000 von 6,9 Mio. Soldaten von der Front), Brot und Land immer mehr an politischem Gewicht. Eine „Doppelherrschaft“ (*dvoevlastie*) zwischen Provisorischer Regierung bzw. staatlichen Institutionen und Sowjets bzw. Komitees in der Armee und auf dem Lande kennzeichnete die politische Entwicklung nach dem Februar. Nach dem Empfinden der Masse standen erstere für die Fortdauer der alten „Obrigkeit“, letztere für das Ideal des „Volkswillens“ (*narodnaja volja*), welches vornehmlich die Sozialrevolutionäre propagierten. An dieser Stimmungslage änderte auch der Eintritt von sozialistischen Ministern in das Kabinett des Ministerpräsidenten Kerenskij wenig. Die militärischen Niederlagen im Frühsommer (Brusilow-Offensive) und die anhaltende Versorgungskrise in den Städten verschärfen die explosive Lage.

Aus den zahlreichen ländlichen und Armeekomitees entwickelte sich keine stabile demokratische Basis. Vielmehr übernahmen die Sowjets der Arbeiter und Soldaten in den größeren Städten die Funktionen einer neuartigen Volksvertretung, allerdings unter Ausschluß „bourgeois“ Schichten.¹⁰ Das Stereotyp des *buržuj* (Bourgeois) aktivierte polarisierende Vorstellungen von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen einfachem Volk und Herren, zwischen Unterdrückten und Ausbeutern. Es nahm im Wörterbuch der Revolutionäre einen ähnlichen Platz zur Herabsetzung der Gegner ein wie bei diesen der Begriff „Genosse“ (*tovarišč*) oder der des „Mobs“ bzw. „Pöbels“ (*čern', sbrod*).¹¹ Dieses dichotomische Denken reichte weit über den sozialen Gehalt des Klassenbegriffs hinaus und appellierte an unterschwellige Ängste in der Bevölkerung. Die „bolschewisierenden Stimmungen“ (Dietrich Beyrau) waren nicht nur auf die engere Anhängerschaft der Bolschewiki in den beiden Hauptstädten Petrograd und Moskau, an den Fronten im Westen und Nordwesten, in der Flotte und in den Garnisonen begrenzt. Im Herbst verschafften die populären Slogans Lenins Anhängern einen rasch wachsenden Zulauf, nachdem General Kornilov Ende August einen Putschversuch gegen die Regierung unternommen hatte. In den Fabrikkomitees

Die deutsche Revolution 1918/19

von
ERNST WILLI HANSEN

„Es ist kein Zweifel mehr: Was wir deutsche Revolution nennen, ist eine Enttäuschung. Mißtrauen gebührt jedem Zufallsgeschenk und jedem Verzweiflungsprodukt.

Nicht wurde eine Kette gesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloß ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen, und mußten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.

Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution. Die Arbeitsaufnahme einer neuen Versuchsarmee nennen wir Gegenrevolution.

Die Arbeiterschaft ließ sich in den Sattel setzen und reitet den alten Streiktrab. Das Volk blieb abseits und wählte ein bürgerliches Parlament... Die Extremisten laufen neben dem Gaul und peitschen ihn mit der Knute des Bolschewismus.

Kein Wunder, denn nichts war vorbereitet...

Die Revolution war kein Produkt des Willens, sondern ein Ergebnis des Widerwillens.“¹

Was Walther Rathenau, der drei Jahre später als deutscher Außenminister von Angehörigen des Freikorps „Brigade Erhardt“ ermordet wurde, im Jahre 1919 mit diesen Worten beschrieb, hat mit dem Wissen der späteren Generationen über das Schicksal der Weimarer Republik in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu erbitterten theoretischen Auseinandersetzungen unter deutschen Historikern geführt. War das, was sich zwischen Oktober 1918 und März 1920 in Deutschland abspielte, überhaupt eine „Revolution“ gewesen? War es eine „steckengebliebene Revolution“², eine „verlorene“, „unvollendete“ oder gar „verratene“³ Revolution? Darüber hinaus: Was eigentlich waren angemessene Kriterien für die Verwendung dieses Begriffes? Und schließlich: Lagen nicht in den Ereignissen zwischen 1918/20 bereits die Ursachen für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, wie Arthur Rosenberg schon in den 30er Jahren behauptete?⁴

Nachdem die engagierte und damals deutlich von aktuellen Problemen beeinflusste Diskussion über diese Fragen in mancher Hinsicht zu neuen Bewertungen veranlasste, hat mittlerweile das Interesse an dem Thema abgenommen; nur wenige knappe Darstellungen zumeist von Protagonisten der damaligen Auseinandersetzung sind seither erschienen, obwohl noch 1998 Eberhard Kolb eine Gesamtdarstellung auf der Basis der neuen Erkenntnisse als „Desiderat der Forschung“ bezeichnete.⁵ Auffallend ist allerdings bei diesen jüngeren Veröffentlichungen, daß die Theoriediskussion gegenüber den empirischen Befunden in den Hintergrund getreten ist.

Auch in dieser Betrachtung soll deshalb zunächst auf die theoretische Auseinandersetzung verzichtet und statt dessen streng empirisch den Ereignissen nachgegangen werden, die sich zwischen 1918 und 1920 in Deutschland in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen vollzogen. Vielleicht ergibt sich daraus die Möglichkeit, später eine Antwort auf die eingangs gestellten Fragen zu geben. Dabei weiche ich von der

klassischen Einteilung in zwei Entwicklungsphasen - November 1918 bis Januar 1919 und Januar 1919 bis März 1920⁶ – ab und unterscheidet stattdessen drei Phasen, nämlich *eine erste*, allerdings sehr kurze, zwischen Ende Oktober und Ende November 1918, *eine zweite* von Anfang Dezember bis Anfang Januar 1919, und *eine dritte*, die von Januar 1919 bis zum Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 reicht, jenem Ereignis, das einen letzten Versuch der Konterrevolution – der Rückkehr zu den früheren Verhältnissen – darstellt. Mir erscheint diese Unterscheidung erforderlich, weil die erste Phase dadurch gekennzeichnet ist, daß trotz bestimmter Weichenstellungen noch eine relative Offenheit der Entwicklung bestand; in der zweiten Phase wird demgegenüber die Machtfrage zugunsten einer Zusammenarbeit zwischen den alten Mächten und der gemäßigten Sozialdemokratie gegen eine linkssozialistische Entwicklung entschieden, und in der dritten Phase konsolidiert sich schließlich das neue System unter Abwehr von im Grunde aussichtslosen Versuchen von Links und Rechts, doch noch eine grundlegende Wende herbeizuführen. Allerdings wird in dieser Phase versäumt, die neue Ordnung in der Gesellschaft zu implementieren, so dass sich die Weimarer Republik zur „Republik ohne Republikaner“ entwickelt.⁷

Bevor wir uns freilich diesen Phasen zuwenden, muß – gewissermaßen um die Ausgangslage zu skizzieren – kurz die politische Struktur des Kaiserreiches und seine Situation 1917/18 geschildert werden.

*

Das von Bismarck geschaffene preußisch-deutsche Kaiserreich von 1870/71 war von seiner *politischen Verfassung* her ein „halb-absolutistisches“ System. Zwar gab es Parteien, in denen sich der politische Willen der Bevölkerung artikulieren konnte, und es gab ein Parlament – den Reichstag – der aufgrund des allgemeinen Wahlrechts gewählt wurde und Gesetze sowie den Haushalt verabschiedete. Aber die Macht lag nicht in den Händen dieses Parlamentes; statt dessen bestimmten die engsten politischen Berater des Kaisers und der allein ihm verantwortliche Reichskanzler die Politik.

Wirtschaftlich hatte das Reich nach der Gründerkrise zeitweise einen stürmischen Aufstieg erlebt, der Deutschland zu einer der führenden Industrienächte der Welt gemacht, aber auch soziale Probleme mit sich gebracht hatte. Es war eine Industriearbeiterschaft entstanden, die sich gewerkschaftlich organisierte und politische Rechte beanspruchte. Diese erstarkende Arbeiterbewegung bedrohte zunehmend die bestehende politische Ordnung. Nach dem vergeblichen Versuch Bismarcks, sie mit dem Sozialistengesetz zu bekämpfen und ihre Anhänger als „Reichsfeinde“ auszugrenzen, war die Sozialdemokratische Partei 1912 mit 34% der Mandate zur stärksten Reichstagsfraktion angewachsen.

Als „Reichsfeinde“ ausgegrenzt waren auch andere gesellschaftliche Gruppen im Wilhelminischen Deutschland: Zu ihnen gehörten etwa die nationalen Minderheiten der Dänen und der Elsässer, sowie die Polen in Westpreußen. Bei letzteren spielte dabei auch die Frage der Konfessionszugehörigkeit eine Rolle, denn die katholische Kirche hatte der preußisch-deutschen Reichsgründung 1870/71 skeptisch gegenüber

gestanden und galt im Sinne der protestantisch dominierten Obrigkeit noch lange Zeit als unzuverlässig – ich nenne nur das Stichwort „Kulturkampf“. Und wenn sich auch nach Bismarcks Sturz im Jahre 1891 ein beschleunigter Annäherungsprozeß vollzog, so blieb doch die „protestantische Kultur“ vom „Antikatholizismus durchdrungen.“⁸

Die deutsche *Gesellschaft* war also am Vorabend des Ersten Weltkrieges in sich tief gespalten. Trotzdem hatten bei Ausbruch des Krieges 1914 alle Parteien – auch die Sozialdemokratische Partei und das katholische Zentrum – im Rahmen des „Burgfriedens“ die Politik der Reichsleitung unterstützt. Aber im Verlaufe des Krieges stellte sich zunehmend die Frage nach dem Sinn dieses Unternehmens, der für viele Menschen immer weniger erkennbar war. Vor allem nach der russischen Februarrevolution 1917 verstärkte sich auch in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach einem „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Kampagne, als sich am 6. Juli 1917 aus Angehörigen der Reichstagsfraktionen der „Fortschrittlichen Volkspartei“, der Mehrheitssozialdemokraten und des Zentrums ein „Interfraktioneller Ausschuß“ bildete, der den Anspruch auf politische Mitsprache und effektive Kontrolle der Regierung, also nach grundlegenden innenpolitischen Reformen, erhob.⁹ Gegen solche Forderungen formierten sich allerdings unverzüglich in Gestalt der „Deutschen Vaterlandspartei“ mit Unterstützung der Obersten Heeresleitung (OHL) die sogenannten „nationalen“ Kräfte, die nun ungehemmt den „Siegfrieden“ propagierten und die „vaterlandslosen Reichsfeinde“ an den Pranger stellten. Damit brach mitten im Krieg die Spaltung der deutschen Gesellschaft wieder auf, und zwar stärker, als je zuvor. Die mehrere Tage andauernden Massenstreiks, die Ende Januar 1918 in Berlin und anderen deutschen Großstädten ausbrachen, dokumentierten anschaulich diesen Zustand.

Es kann gar keinen Zweifel daran geben, daß der Erste Weltkrieg mit einer militärischen Niederlage Deutschlands endete. Spätestens nach dem Scheitern der mit großen Hoffnungen verbundenen Frühjahrsoffensive 1918 war für jeden objektiven Betrachter deutlich, daß sich die Lage mit jedem Tage mehr zuungunsten des Reiches veränderte.¹⁰ Dennoch hielten die militärische Elite und große Teile der „nationalen“ Bevölkerung in Deutschland – nicht zuletzt wegen der Agitation der Vaterlandspartei und der staatlichen Informations- und Propagandapolitik – bis zum Spätsommer 1918 am Gedanken des „Siegfriedens“ fest. Um so überraschender kam gerade für sie Ende September die Erklärung der OHL, daß der Krieg definitiv verloren sei und nur der sofortige Abschluß eines Waffenstillstandes den völligen militärischen Zusammenbruch verhindern könne. Gleichzeitig drängte jetzt die OHL den Reichskanzler, politische Reformen einzuleiten, um einerseits auf diese Weise den für notwendig gehaltenen gesellschaftlichen Konsens für die Kriegsbeendigung herzustellen, andererseits aber auch den erwarteten Forderungen der Kriegsgegner entgegenzukommen. Das entsprach im übrigen nicht zuletzt den Vorstellungen der militärischen Führung, die Verantwortung für die Niederlage auf eine zivile Reichsregierung abzuwälzen.¹¹ Damit wurde bereits jetzt der Grundstein für die spätere „Dolchstoßlegende“ gelegt.

Grundlage des deutschen Friedensangebotes waren die sogenannten „14 Punkte“ des amerikanischen Präsidenten Wilson. Dieser hatte im Januar 1918 im amerikanischen Kongreß ein „Programm des Weltfriedens“ vorgelegt, das - zunächst in 14

Spitzbart, Bauch und Brille – ist nicht Volkes Wille!

Revolution am 17. Juni 1953?¹

von
TORSTEN DIEDRICH

*„Freilich, ein Fieber des Volkes, das revolutionäre
aber, wie seltsam, es stirbt immer der König daran!*

Friedrich Hebbel

Folgen wir diesen Worten Hebbels, war der 17. Juni 1953 in der DDR keine Revolution – denn, einem fast entmachteten Ulbricht konnte nichts Besseres widerfahren, als jene Unruhen im Sommer 1953. Der stürzende Stalinist erfuhr durch Moskaus Gnaden seine politische Wiedergeburt. Die sowjetische Führung, die wie in Ungarn auf politische Veränderungen auch in der Führungsspitze gedrängt hatte, brauchte nach den durch sowjetische Truppen in der DDR erstickten Unruhen einen starken Satrapen – den treuen kommunistischen Gefolgsmann Walter Ulbricht.²

Dieser Beitrag steht am Ende von Analysen über 200 Jahre revolutionärer historischer Ereignisse in Europa, die große Wirkung auf die deutsche Geschichte hatten, die gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend veränderten. Der 17. Juni 1953 allerdings war kein Endpunkt einer historischen Epoche, er hat in der DDR vieles verändert, nicht jedoch das politische System. Dazu bedurfte es der friedlichen Revolution von 1989. Es steht hier also zu fragen: War die Erhebung des Volkes im Juni 1953 gegen die Herrschenden in der DDR eine Revolution? Das Problem der Einordnung des 17. Juni hat die deutsche zeitgeschichtliche Historiographie in der letzten Zeit stark bewegt.³ Das Ergebnis der Kontroverse ist noch offen. So treten uns in den verschiedenen Publikationen zum 17. Juni 1953 vor allem die Begriffe: Arbeitererhebung – Volksaufstand – gescheiterte Revolution entgegen.

Revolution – ein theoretischer Exkurs

Das Verständnis von einer revolutionären Erhebung ist in der Geschichtswissenschaft nicht einheitlich. Es scheint unumgänglich, bevor die Positionen der einzelnen Historiker näher beleuchtet werden, einige wesentliche Begriffsmerkmale einer Revolution zu kennzeichnen. Da dem methodischen Rüstzeug Widersprüchlichkeiten immanent sind, bedarf es folgend der eigenen Interpretation.

Die moderne politologische/sozialwissenschaftliche Definition fasst unter dem Begriff: Revolution eine „tiefgreifende Veränderung der gesamten politischen und sozialen Strukturen und unter Umständen auch des kulturellen Normensystems einer Gesellschaft. Sowohl hinsichtlich der Geschwindigkeit als auch des Ausmaßes der Veränderung besteht keine Einigkeit über die genaue Abgrenzung der R. von anderen Formen des gesellschaftlichen Wandels. Zu unterscheiden ist R. im heutigen Verständnis allerdings von Prozessen, die lediglich den Bruch mit einer bestehenden Verfassung bedeuten oder nur zur personellen Auswechslung politischer und gesellschaftlicher Machtpositionen führen, wie etwa Staatsstriche oder Putsche. Gewaltsamkeit großen Ausmaßes, obwohl mit den meisten und bekanntesten historischen Formen von R. verbunden, bildet hingegen kein konstitutives Merkmal des Begriffs. In der Regel unterscheidet man R. nach ihren Trägergruppen und/oder nach ihrer politisch-gesellschaftlichen Zielsetzung".⁴

Der Begriffsinhalt „Revolution“ hat sich im 20. Jahrhundert bereits stark von seiner politischen/sozialen Komponente gelöst, wir finden die Begriffe: industrielle Revolution, wissenschaftlich-technische oder Revolution im Militärwesen im allgemeinen Sprachgebrauch, die grundlegende Umwälzungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen meinen.

Definiert man Revolution allein von der Erreichung des Zieles her – viele, ja die meisten Revolutionen würden durch das Raster fallen – beispielsweise die französische des Jahres 1789, die bürgerliche deutsche 1848/49 aber auch die Novemberrevolution in Deutschland am Kriegsende 1918. Fixiert man sein Untersuchungsinteresse auf die Frage nach dem Erreichen einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen, wären die französische und die Novemberrevolutionen tatsächliche – die 48'er des 19. Jahrhunderts und der 17. Juni 1953 allerdings nicht.

Doch kaum ein historisches Ereignis gleicht dem anderen. Die Erklärungskraft der Revolutionstheorie ist deshalb gering, weil Ursachen, Anlässe, Auswirkungen, Beteiligte, Verläufe, Rahmenbedingungen und Ergebnisse über die Jahrhunderte kaum komparabel sind. Die Massenbewegungen haben ihren Platz im gesellschaftlichen Umfeld, in der jeweiligen Sozialisation der Beteiligten, im historischen Selbstverständnis der Träger und der jeweiligen Vorgeschichte der Revolution. Hintergründe sind auch in mentalitäts-, ethnischen-, ethischen-, ideologischen- und Glaubensfragen zu untersuchen. So ist es beispielsweise schon äußerst schwierig, Verallgemeinerungen in Bezug auf Ideologie und Trägerschaft aus den Revolutionen in Frankreich 1789, Russland 1917 und im Iran 1979 abzuleiten.

Im einzelnen wäre zu fragen, welche Struktur- und Prozessbedingungen die Erfolgsaussichten revolutionärer Bewegungen bei der Anhängergewinnung, Koalitionsbildung, Machteroberung und -konsolidierung beeinflussen. Zudem ist zur Bestimmung der Erfolgsaussichten einer Revolution die Analyse des inneren Zustandes des Herrschaftssystems notwendig. Wirtschaftliche und politische Schwächen oder Legitimationsdefizite der vorhandenen Staatsordnung eröffnen revolutionären Eliten größere Möglichkeiten, eine Massenbasis für den Willen zur Veränderung zu schaffen und den Abfall wichtiger Eliten, im Idealfall auch des Militärs vom Regime zu erreichen.⁵

Revolutionäre Spontaneität spielt eine gewichtige Rolle, führt jedoch nur dann zum Erfolg, wenn sie von revolutionären Eliten richtig instrumentalisiert wird. Revolutionäre profitieren dann von sozialer Unzufriedenheit, wenn sie diese politisieren, der Massenbewegung Ziele und Inhalte vermitteln. Dazu ist ein geistiger Klärungsprozess im Vorfeld der revolutionären Bewegung notwendig, d.h. es muss sich eine revolutionäre Elite überhaupt bilden.

Es gilt folglich nach den wesensbestimmenden Merkmalen von Erhebungen zu suchen und aus ihnen den Charakter einer Massenbewegung zu definieren.

Die Deutung des 17. Juni in der Historiographie – ein Überblick

Wenden wir uns dem 17. Juni 1953 in der DDR zu. Wie wurden die Unruhen in der DDR bislang bewertet?

Im allgemeinen Sprachgebrauch fanden wir bis 1989 in der Bundesrepublik das Synonym „Volksaufstand“ und in der DDR die Verteufelung als „faschistischer Putschversuch“. Die DDR-Interpretation ist heutzutage obsolet – sie war der Versuch einer ideologisierten Erklärung der Erhebung der Bevölkerung gegen ihren eigenen „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ und Legitimationsversuch der Machtsicherung durch bewaffnete Gewalt gegen das Volk.

„Volksaufstand“ hingegen ist in der Literatur jedweder Provenienz bis heute die meistgebrauchte Bezeichnung für die Unruhen 1953 in der DDR, obgleich sich die Historiographie von Anfang an um eine genauere Definition bemühte. Die wichtigsten Deutungen seien hier kurz dokumentiert.

Einen ersten umfangreichen Erklärungsversuch der Juni-Ereignisse in der DDR gab es in der Bundesrepublik schon 1954 durch Stefan Brant (alias Klaus Harprecht). Das Buch „Der Aufstand“ ist noch deutlich von der Erschütterung über die Ereignisse geprägt. Brant spricht von einer gescheiterten Revolution und begründet:

„Diese Studie versucht den Nachweis zu führen, dass der Streik der Bauarbeiter von der Stalinallee den Pankower Staat in einer klassischen Ausgangslage für die Revolution antraf.[...] Der Streik war vielmehr nur möglich, eben weil die sowjetdeutsche Republik „reif“ für einen Umsturz war. Die Arbeitsniederlegungen im Block 40 der Stalinallee wurden zur Ouvertüre eines revolutionären Dramas, und daran ändert die Tatsache nichts, dass die Revolution nicht zum Sieg und zum Ende gelangen konnte, sondern in der Phase des Aufstandes stecken blieb⁶ [...] Aufstand, das bedeutet: Sturm einer unorganisierten, un gelenkten revolutionären Bewegung auf die Bastionen des Regimes, das bedeutet: hundertfacher Sturm auf die Bastille, auf die Zuchthäuser, auf die Nester des Staatssicherheitsdienstes, die Verwaltungsgebäude, die Gerichte, die Parteibüros. Und dieser Aufstand war revolutionär in seinen Zielen, denn er strebte den gewaltsamen Sturz der öffentlichen Macht, eine Eroberung der exekutiven und legislativen Rechte an“.⁷

Brant legte mit dieser Einschätzung eine erste Grundlage für die Wertung der Juni-Ereignisse, die in vielen Publikationen bis in die Gegenwart hinein aufgegriffen worden ist.

Autorenverzeichnis

Jürgen **Angelow**, PD Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Oberassistent an der Universität Potsdam, studierte Geschichte in Leipzig und Militärgeschichte in Berlin. Promotion 1990, Habilitation 1998. Lehrte an den Universitäten Potsdam, Wien, Brisbane (Australien) und war 2001 Gastprofessor in Thorn (Polen) und ist seit 2001 Oberassistent am Lehrstuhl für Militärgeschichte an der Universität Potsdam. Veröffentlichungen zur politischen Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert sowie zur Sozial- und Ideengeschichte.

Veröffentlichungen: Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht 1815-1866, München 1996. – Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln/Weimar/Wien 2000. – Alldeutsche, Reichsregierung und Zweibund am Vorabend und zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Zur Ambivalenz von nationalistischer Agitation, autoritärem Machtstaat und Bündnispolitik, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, 106 (1998), S. 377-409. – Germany during World War I. War Aims, Politics and Military Leadership 1906-1918, in: The German Empire and Britain's Pacific Dominions 1871-1919. Essays on the Role of Australia and New Zealand in World Politics in the Age of Imperialism, ed. By John Moses and Christopher Pugsley, Claremont, CA. 2000, S. 105-128. – Forschung in ungelüfteten Räumen. Anmerkungen zur Militärgeschichtsschreibung der ehemaligen DDR, in: Thomas Kühne, Benjamin Ziemann (Hgg.): Was ist Militärgeschichte?, Paderborn u.a. 2000, S. 73-89. – Deutscher Bund, europäische Ordnung und deutsche Frage, in: Dresdener Konferenz 1850/51, hrsg. von Jonas Flöter und Günther Wartenberg, Leipzig 2002, S. 19-41.

Birgit **Aschmann**, Dr. phil., Wissenschaftliche Assistentin an der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel, studierte Medizin, Geschichte, Deutsch und Spanisch in Kiel und promovierte dort am Lehrstuhl von Michael Salewski 1998 mit einer Arbeit zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien von 1945 bis 1963. Seit 1998 ist sie Assistentin am Lehrstuhl Salewski und arbeitet an ihrer Habilitation zum Thema: „Ehre der Nation“.

Veröffentlichungen: „Treue Freunde...“? Westdeutschland und Spanien 1945-1963 (= Historische Mitteilungen, Beiheft 34), Stuttgart 1999. – Als Herausgeberin: Das Bild „des Anderen“: politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert (= Historische Mitteilungen, Beiheft 40), Stuttgart 2000.

Torsten **Diedrich**, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberrat, studierte 1979-1984 Wirtschaft und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und war wissenschaftlicher Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Instituts Potsdam. Er promovierte 1989 zum Thema Militärpolitik der SED von 1949 bis 1956. Seit 1991 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam.

Veröffentlichungen u.a. : Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991. – Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkung auf die Wirtschaft, in: "Volksarmee schaffen - ohne Geschrei". Studien zur verdeckten Aufrüstung in der SBZ/DDR 1947-

1952, hrsg. B. Thoß [= Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Bd. 51], München 1994. – Die militärische Grenzsicherung an der innerdeutschen Demarkationslinie und der Mauerbau 1961, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995. – Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (Mitherausgeber). – Die getarnte Armee, Geschichte der Kasernierten Volkspolizei 1952-1956, Monographie, Berlin 2001 (mit Rüdiger Wenzke). – Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003. – Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, hrsg. von Torsten Diedrich und Hans-Hermann Hertle, Berlin 2003.

Michael **Epkenhans**, Dr. phil., seit 1996 Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck Stiftung in Friedrichsruh bei Aumühle, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Neuere Geschichte der Universität Münster, am Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volksforschung und in der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

Veröffentlichungen u.a.: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991 (= Beiträge zur Militärgeschichte, herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 32). – Das Bürgertum und die Revolution 1918/19, Heidelberg 1994. – Imperial Germany and the Importance of Sea Power, in: N.A.M. Rodger (Ed.): The Parameters of Seapower in the Twentieth Century, London 1996, S. 27-40. – Krupp and the Imperial German Navy, 1897-1914: A Reassessment, in: Journal of Military History, 74 (2000), S. 335-370. – Alfred von Tirpitz (1849-1930), in: Michael Fröhlich (Hg.): Das Kaiserreich. Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2001, S. 228-239.

Ernst Willi **Hansen**, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter (seit 1977) am Lehrstuhl für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Westeuropas an der Universität der Bundeswehr Hamburg, studierte Geschichts- und Politikwissenschaften sowie Soziologie an der Universität Hamburg und promovierte dort mit einer Arbeit über die „wirtschaftlichen Mobilisierungsvorbereitungen der Reichswehr 1923-1932“. Seit 1989 leitet er an der Universität der Bundeswehr Hamburg das EGA-Zentrum und ist in dieser Funktion auch zuständig für organisatorische Abläufe der Studiengänge.

Forschungsschwerpunkte: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Militärgeschichte der Frühen Neuzeit und Internationale Beziehungen der Zwischenkriegszeit.

Veröffentlichungen: Reichswehr und Industrie: rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Mobilisierungsvorbereitungen 1923-1932, Boppard am Rhein 1978. – Klaus-Jürgen Müller: Armee und Drittes Reich 1933-1939: Darstellung und Dokumente unter Mitarbeit von Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987. – Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit: Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegner, München 1995, darin auch: „Totaler Krieg“ im Schatten von

Versailles. Die „Wehrgedanken des Auslandes“ und die Reichswehr, S. 193-210. – *L’image d’un allié potentiel: le cas de la Hongrie*, in: *Cahiers du Centre d’Études d’Histoire de la Défense*, 13 (2000), S. 41-55.

Jörg **Hillmann**, Dr. phil., ist Marineoffizier und hat nach mehreren Bord- und Landverwendungen in der Marine von 1992 bis 1995 Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr studiert und sich nach einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter 1998 mit einer Arbeit zur Landes- und Rechtsgeschichte promoviert. Von 1998 bis 2001 war er als Lehrer für Militärgeschichte an der Marineschule Mürwik in Flensburg eingesetzt und kehrte 2001 mit dem Ziel der Habilitation an die Universität der Bundeswehr in Hamburg zurück. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Landesgeschichte Norddeutschlands und zur Militärgeschichte.

Nikolaus **Katzer**, Univ. Prof. Dr. phil., Professur für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung Mittel- und Osteuropas. Forschungsschwerpunkte: Russische Geschichte des 19. Jahrhunderts; Revolution, Bürgerkrieg und neue Ökonomische Politik; Geschichte der Kosaken; sowjetische Nachkriegszeit (Spätstalinismus, Tauwetter-Periode).

Jüngste Veröffentlichungen zur weißen Bewegung in Russland (1999), zum inneren Kalten Krieg in der Sowjetunion (2000), zur Geschichte der Latinität in Russland (2001), zum Stereotyp des „Spießers“ in der neueren russischen Geistesgeschichte (2001) sowie zu Lebensstilen und Gruppenidentitäten im Sowjetrussland der 1920er Jahre (2001).

Eckardt **Opitz**, Univ. Prof. Dr. phil., studierte Geschichte, Literaturwissenschaften und Philosophie an den Universitäten Hamburg, Bonn und Wien. Er ist seit 1973 Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen aus den Bereichen Militärgeschichte, Geschichte des Absolutismus und der schleswig-holsteinischen Geschichte.